

3. Raumplanerische Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel

Motion Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Martin Neukom (Grüne, Winterthur), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) vom 26. September 2018

KR-Nr. 187/2018, RRB-Nr. 919/26. September 2018 (Stellungnahme)

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen, der Rat hat zu entscheiden.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Der Klimawandel ist in vollem Gange und langsam ist auch die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass wir endlich griffige Massnahmen brauchen. Aber wir sind spät dran mit dem Klimaschutz, und die Massnahmen sind immer noch sehr zögerlich. So werden die Folgen des Klimawandels uns vermehrt in eine bittere Realität setzen. Die Extreme werden häufiger: Heisse Sommer, lange Trockenheit, schneearme Winter, dann auch Starkregen und Stürme. Davor müssen wir uns schützen, daran müssen wir uns anpassen. Es ist sehr ärgerlich, dass ein solcher Vorstoss überhaupt nötig ist, denn wir wissen seit Jahrzehnten, dass unser Planet durch die massiven und laufend steigenden CO₂-Emissionen aus dem Gleichgewicht gerät und noch mehr geraten wird. Die Wissenschaft belegt dies schon lange. Und wenn wir logisch und konsequent gehandelt und unser Klima schnell geschützt hätten, müssten wir heute nicht darüber reden, wie wir uns vor den Folgen des Klimawandels schützen sollen. Und ein verbesserter Schutz ist dringend. Die Sommerhitze zum Beispiel in den urbanen Siedlungen gefährdet ältere und kranke Menschen, da gibt es besorgniserregende Zahlen des BAFU (*Bundesamt für Umwelt*): 2003 hatten wir 1000 Hitzetote. 2015 waren es 800 und im August 2018 hatten wir 200 Hitzetote. Auch die Natur leidet: Die Gewässer werden zu warm und sie trocknen sogar aus. Im Sommer 2018 mussten wir Tonnen von toten Fischen aus dem Rhein ziehen. Die Wälder sind auch in Mitleidenschaft gezogen, die Buchen vertrocknen, die geschwächten Nadelbäume werden vom Borkenkäfer befallen. Und Sie mögen sich bestimmt an den Sommer 2018 erinnern, als in einzelnen Gemeinden das Trinkwasser ausging, und in anderen wurde man dringend aufgefordert, Trinkwasser zu sparen. Die Infrastruktur ist gefährdet, vermehrte Stürme und Starkregen sind hier die besondere Gefahr. Und das führt dazu, dass die Versicherungsbranche im Klimawandel das grösste Risiko überhaupt sieht.

Es gibt verschiedene gesetzliche Möglichkeiten für einen besseren Schutz vor den Folgen des Klimawandels. Ein Schlüsselgesetz dafür ist bestimmt das Planungs- und Baugesetz, das PBG, und auch die kantonalen Richtpläne. Im PBG können wir zum Beispiel regeln, dass urbane Gebiete durch grosse Bäume besser beschattet werden. Im aktuellen PBG ist es immer noch erlaubt, dass grosse Tiefgaragen gebaut werden, die weit über die oberirdische Grenze der Gebäude hinausreichen. Dies verunmöglicht, dass wir zwischen den Gebäuden grosse Bäume anpflanzen können, denn es fehlt schlicht der Platz für eine ausreichende Verwurzelung. In den Sommernächten kühlt der Wind die urbanen Zentren. In der Stadt Zürich zum

Beispiel kommen die Winde vom Uetliberg und vom Zürichberg in die Stadt hinunter und wir müssen so bauen, dass diesem Wind möglichst nichts entgegengestellt wird. Dafür braucht es Vorgaben zur Gestaltung und Anordnung von Gebäuden. Im PBG gibt es keine Vorgaben, die diesen Aspekt auch konkret berücksichtigen, und das müssen wir ändern. Es gäbe noch zahlreiche andere Beispiele, wie das PBG und unsere Richtpläne für eine bessere Anpassung an den Klimawandel fit gemacht werden können. Die Gefahren durch Hochwasser und Stürme könnten mit einer angepassten Raumplanung und Bautätigkeit ebenfalls verringert werden.

Mit dieser Motion fordern wir den Regierungsrat auf, das PBG und die Richtpläne zu überarbeiten und schnell griffige Massnahmen zu entwickeln. Und im Sinne einer Klammer: Wir wissen, dass auch einzelne Vorstösse zu einzelnen Massnahmen möglich gewesen wären.

Kaum haben wir im Sommer 2018 diese Motion eingereicht, wurde der kantonale Massnahmenplan zur Anpassung an den Klimawandel vorgelegt. Dort ist einiges von dem aufgenommen, das hier mit dieser Motion gefordert wird. Eigentlich schön. Allerdings ist es beunruhigend, zu sehen, mit wie wenig Energie und Ressourcen das Thema angegangen wird. Zum Beispiel für die Massnahme K1, Förderung lokal klimaangepasster Stadtentwicklung in Planungsinstrumenten und Rechtsgrundlagen – das ist Gegenstand dieser Motion –, für diese Massnahme werden in den Jahren 2020 und 2021 gerade mal zehn Stellenprozent eingesetzt. Konkret heisst das: Im Jahr 2018, also als der Massnahmenplan veröffentlicht wurde, hat man entschieden, dass man noch gut zwei Jahre warten kann und dann einmal ein paar Abklärungen, ein paar Vorschläge macht, und dies bei einer äusserst regen Bautätigkeit in den Städten und Agglomerationen im Kanton Zürich. Für ein solches Vorgehen fehlt uns die Zeit. Wir sollten endlich aus der Geschichte lernen. Wir haben den Klimaschutz bisher mehr oder weniger verschlafen und bezahlen das nun teuer mit kostspieligen Anpassungen an den Klimawandel. Und wenn wir nicht schnell genug unsere Planungs- und Bautätigkeit anpassen, bezahlen wir das mit noch mehr Hitzetoten, mit irreparablen Schäden an unserer Umwelt und immensen Risiken für unsere Infrastruktur. Daher bitte ich Sie, diese Motion zu überweisen. Vielen Dank.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die SVP/EDU-Fraktion ist – das wissen wir hier drin alle – als sachliche Fraktion bekannt, die das Thema «Klima» nicht ideologisch, sondern faktenorientiert angeht. Wir machen keine Symbolpolitik, sondern wir lösen Probleme, sind also die Fraktion, die lösungsorientiert, unter Einbezug aller Fakten entscheidet, so natürlich auch bei dieser Motion. Gerade die Corona-Krise zeigt uns in der Schweiz sowie natürlich auch global die Grenzen der Wirtschaftsreduktion, die eine Klimaveränderung bringt. Massnahmen, die auf Kosten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gehen, kosten uns Wohlstand, Arbeitsplätze und die soziale Absicherung, natürlich unter anderem auch die der AHV oder der Pensionskassen. Ich glaube nicht wirklich, dass hier drin Parteien sind, die den Wohlstand und die Arbeitsplätze reduzieren wollen. Einen wirtschaftlichen Umbau, namentlich zu einem Null-CO₂-Fussabdruck können wir nur mit der

Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft sozialverträglich aufgleisen. Auch wenn unsere Fraktion «sozial» nicht im Namen hat, gibt es bei uns bezüglich Sozialverträglichkeit keine Kompromissbereitschaft. Wir wollen keine Klimapolitik auf Kosten der Schwachen oder mit einem Heer von Arbeitslosen als Kollateralschaden, ich möchte hier nur an die Demonstrationen der Gilet-jaune-Bewegung in Frankreich erinnern. Es geht darum, dass wir uns bewusst sind: Wir müssen Änderungen in gewissen Bereichen der Klimathematik machen, aber es kann nie eine Klimapolitik gegen das Volk umgesetzt werden. Es darf nicht sein, dass Klimapolitik von irgendwelchen Ideologen entschieden wird, sondern es ist wichtig, dass die Realwirtschaft bei der Umsetzung der Klimapolitik miteinbezogen wird.

Ja, wir alle wissen, wir haben eine Klimaveränderung. Aber uns allen ist auch klar: Wie sich die Klimaveränderung weiterentwickelt, das wissen wir nicht. Solange Meteo-Prognosen über zehn Tage eine Trefferquote von 50 Prozent haben und die Muotataler Wetterschmöcker auch eine Trefferquote in diesem Bereich haben, solange ist nicht klar, wie sicher die Klimaprognosen der Wissenschaft sind. Wie sich das Klima entwickelt, das wissen wir ganz einfach nicht. Unstrittig ist ausserdem, dass die Sonnenaktivität, ihre Strahlung, Auswirkungen hat. Je aktiver die Sonne ist, desto mehr Strahlungsenergie kommt auf die Erde. Das hat auf jeden Fall sehr viel Einfluss auf unser Klima. Dafür gibt es Beispiele der Vergangenheit, wie die verschiedenen Eiszeiten oder eben auch die tropischen Klimazeiten, die wir alle in unseren Breitengraden hatten. Und selbst auf dem Mars und auf dem Pluto findet ein Klimawandel statt, und meines Wissens fahren dort keine Autos. In der Bibel steht in Lukas 21-25, ich zitiere: «Und es werden Zeichen geschehen an Sonne und Mond und Sternen und auf Erden wird den Leuten bange sein. Und sie werden zagen. Und das Meer und die Wassermassen werden brausen.» Vielleicht hat eine höhere Macht tatsächlich mehr Einfluss auf das Klima, als wir hier drin wahrhaben wollen.

Unter diesen Aspekten bitte ich Sie, die Motion nicht zu überweisen. Danke.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Der Klimawandel ist rasant, die Herausforderungen sind komplex. Handeln ist dringend. Was ist der Part des Kantonsrates? Was ist seine Aufgabe? Er muss die Risiken des Klimawandels vermindern und sich für die Reduktion der Treibhausgase einsetzen. Dazu muss er die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Er muss insbesondere die Raumplanung an die Gefahren durch die Folgen des Klimawandels anpassen, und zwar rasch. Der Richtplan und Planungs- und Baugesetz sind darauf zu überprüfen und zu ergänzen. Wir sind für Überweisung der Motion.

Die Entwicklung des Klimas bringt Probleme hervor, die Siedlungen und Landschaften bedrohen. Neu gedacht werden muss der Schutz gegen Überschwemmungen und Murgänge, neu gedacht werden muss auch die Überhitzung der Stadträume. Dies betrifft planerische und gestalterische Ebenen. Grundlagen dazu sind die Richtplanung und das PBG. Kantonale Richtplanungen enthalten gemäss Artikel 4 der Raumplanungsverordnung eine Beurteilung der möglichen Entwicklungen aus gesamtheitlicher Sicht. Das aktuelle Raumordnungskonzept spricht

zwar von einer nachhaltigen Raumplanung, es beinhaltet jedoch keine Massnahmen zum Schutz von Menschen, Natur und Infrastruktur vor zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels. Der kantonale Richtplan ist das wesentliche Steuerungsinstrument für regionale und kommunale Richtplanungen. Er muss jetzt die notwendige Stossrichtung einer klimafitten Gestaltung von Siedlung und Landschaft geben. So sind im kantonalen Richtplan die Leitlinien zu ergänzen. In allen Themenbereichen müssen richtungsweisende Festlegungen zu den Erfordernissen des Klimawandels ergänzt werden. Das aktuelle Planungs- und Baugesetz hat den Zweck, Planungsmittel für die Aufteilung des Bodens in verschiedene Nutzungsbereiche und für die Einteilung der zulässigen Bodennutzung zu gewähren. Es geht also vom Grundgedanken der Aufteilung und der Abgrenzung aus.

Die Herausforderungen des Klimawandels bedingen aber eine gesamtheitliche Sicht, eine Sicht auf Gebäude und öffentlichen Raum, eine Sicht auf Stadt und Land. Es braucht eine Planung, welche Aufenthaltsqualität, welche gesundes und angenehmes Klima, welche Energieeffizienz anstrebt. Eine solche Planung braucht eine Anpassung im PBG.

Im Massnahmenplan Anpassung an den Klimawandel des AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) sind Herausforderungen, Massnahmen und Umsetzung für die Baudirektion umschrieben. Der Raumplanungsbericht 2017 hat aber Hitze, Trockenheit, Naturgefahren und Veränderung von Lebensräume nicht thematisiert. Nach dem Schwerpunkt «innere Verdichtung» muss jetzt die Bedeutung des Klimawandels für die Siedlungs- und Freiraumentwicklung in den Fokus genommen werden. Handeln ist also dringend. Noch dringender sind neue Raumplanungskonzepte, Konzepte für die Gestaltung von künftigen Lebens- und Wirtschaftsräumen, die den Klimawandel abschwächen. Diese gehören in eine Massnahmenplanung des Regierungsrates.

In der ganzen Komplexität bleibt die Verantwortung beim Kantonsrat, die Grundzüge einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung festzulegen, die – wir haben es gehört – auch kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft garantiert. Für beide, Kantons- und Regierungsrat, gilt: Es erträgt keinen Aufschub, Erkenntnisse über den Klimawandel einzubeziehen. Die SP fordert rasch entsprechende Anpassungen im PBG und im Richtplan, denn der Klimawandel ist rasant. Unterstützen Sie die Überweisung der Motion.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Der Regierungsrat hat die Herausforderungen der höheren Temperaturen und zunehmender Sommertrockenheit bereits erkannt. Als Massnahmen sieht er die Förderung lokal klimaangepasster Stadtentwicklung in Planungsinstrumenten und Rechtsgrundlagen vor. Die Motion und die Stellungnahme des Regierungsrates lassen sich wie die Zusammenfassung beziehungsweise den Auszug des Massnahmenplans Anpassung an den Klimawandel lesen. Lassen wir den Regierungsrat nun genau daran arbeiten. Er wird die Planungsinstrumente und die Rechtsgrundlagen anpassen, wie es die Motionäre fordern. Wir brauchen keine finanziellen Mittel und wir müssen keine Zeit in diese Motion investieren. Wir brauchen diese nicht, nein, liebe Silvia Rigoni, dieser Vorstoss ist nicht nötig. Wir müssen die Energie jetzt wirklich in konkrete

Lösungen setzen, ich nehme da auch den Fraktionssprecher der SP, Markus Späth, beim Wort. Er hat gesagt, die SP wolle heute CO₂-Vorstösse überweisen und keine Postulate und Anfragen. Deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb man jetzt solche eine Motion überweist, wenn der Regierungsrat genau zu diesem Ziel schon auf dem Weg ist und diese Massnahmen umsetzt. Die FDP will Lösungen und keine Symbolpolitik und zusätzliche Berichte.

Überweisen Sie heute bitte nicht. Investieren wir die Zeit – wir werden heute sicher wieder eine Stunde darüber sprechen – in die konkreten Lösungen und Vorstösse. Besten Dank.

Ruth Ackermann (CVP, Zürich): Anpassung des Planungs- und Baugesetzes sowie des kantonalen Richtplans, um diese Motion zu erfüllen, ist keine kleine Aufgabe. Um Mensch und Natur und Infrastruktur vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, war unserem ehemaligen Kantonsratskollegen (*und jetzigem Regierungsrat*) Martin Neukom kein Aufwand zu gross, ich denke, dem neuen Baudirektor voraussichtlich auch nicht. Eventuell sind im Massnahmenplan Anpassungen an den Klimawandel bereits die nötigen Anpassungsvorschläge erarbeitet worden. Und wie es in der Motionsantwort heisst, Zitat: «Die wesentlichen Stossrichtungen der Motion wurden mit dem Massnahmenplan bereits aufgegriffen.» Andernfalls bitten wir Sie, Herrn Baudirektor, lieber Martin, nun persönlich dafür zu sorgen, dass dieser Massnahmenplan so umgearbeitet wird, dass die Motionärinnen und Motionäre und die CVP-Fraktion damit zufrieden sind.

Wir unterstützen diese Motion.

Ordnungsantrag

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Wenn selbst die Reinigungsfachperson sich mit dem grünliberalen Kostüm schmückt (*die Frau, die nach jedem Votum die Rednerpulte desinfiziert, trägt wie an jeder Ratssitzung die hellgrüne Arbeitsschürze ihrer Reinigungsfirma*), dann ist tatsächlich Klimatag. Obwohl ich eigentlich dachte, dass die Zeiten der Parteiuniform vorbei sei und ich das eigentlich deplatziert finde (*zahlreiche Ratsmitglieder der GLP sind in einem hellgrünen T-Shirt mit Parteilogo erschienen*). Frau Rigoni ist der Grund, weshalb ich mich hier in die Debatte einschalte. Ich verwahre mich gegen die Vorwürfe, die da bezüglich Demokratieverständnis und mangelnder Anerkennung der Dringlichkeit geäussert wurden. Es gibt sehr viele dringliche Fragen in unserer Gesellschaft. Und wissen Sie, ich kenne keinen Staat auf der ganzen Welt, der solch ausgeprägte politische Rechte hat wie der Kanton Zürich. Es gibt das Instrument der Einzelinitiative, eine Zürcher Eigenart, das durften Sie, das konnten Sie zulassen, sogar ergreifen. Die Einzelinitianten können ihr Anliegen hier vortragen; das wurde schon gemacht. Wir sind sehr liberal in der Frage, ob jemand ein Begehren einbringen darf. Jeder Bürger darf Initiativen und Referenden ergreifen. Und Sie werfen uns vor, dass Sie behindert werden. Diesen Vorwurf möchte ich hier zurückweisen.

Bezüglich des Traktandums stelle ich den Ordnungsantrag auf Namensaufruf. Es ist Ihnen eine sehr wichtige Angelegenheit, also wollen wir bei den Abstimmungen wissen, wer wie stimmt. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Ich werde Ihnen hier beweisen, dass beim motorisierten Individualverkehr der bürgerliche Konservatismus nicht klemmt – Worte von Thomas Forrer (*in seinem Grundsatzvotum zur ganztägigen Klimadebatte*). Thomas Forrer hat auch behauptet, dass unser Klima 5 Grad wärmer würde. Also das ist schon etwas viel heisse Luft, Thomas Forrer. Und Herr Späth sagte uns: Statt Jahr für Jahr Geld ins Ausland zu verschieben, solle man das hier investieren. Ich tue es. Hier sind 100 Franken (*der Votant zeigt eine 100-Franken-Note*). Diese 100 Franken setze ich aus, damit die Klimakrise zum wichtigsten Thema in diesem Rat auch richtig angegangen wird, für Thomas Forrer, damit er sich endlich ein klimafreundliches Auto kauft und nicht mit einem zehnjährigen Auto herumfährt. Das ist eben keine heisse Luft, Thomas Forrer, wie du sie hier gebracht hast, sondern das ist Klimapolitik. Ich danke dir, dass du dir jetzt endlich ein neues Auto kaufst und ein Vorbild für die Grüne Partei bist.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir bei Traktandum Nummer 3 sind. Bitte sprechen Sie zum Traktandum, sonst werde ich Ihre Redezeit beschränken respektive Ihnen das Wort entziehen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Klimapolitik und auch Raumplanungspolitik – da bin ich froh um bestimmte Voten, die bereits erfolgt sind – setzen einen ganz breiten Blick voraus. Raumplanungspolitik isoliert zu betrachten, ist meines Erachtens nicht richtig. Man sollte einen Schritt, gerade im Hinblick auf die Raumplanung, auch zurück machen, und das attackieren, was übermässige Dichteplanung nötig macht. Hier kann ich Bastien Girod, Nationalrat der Grünen, zitieren, allerdings mit einem älteren Zitat. Er sagt, dass wir in der Schweiz auf Überbevölkerung zumarschieren und es nichts Umweltschädlicheres gibt als Überbevölkerung. Wir haben leider im Kantonsrat Zürich ganz beschränkte Möglichkeiten in dieser Hinsicht. Wir haben nächstens eidgenössisch zu entscheiden, über eine Begrenzungsinitiative, die genau darauf abzielt, dass man in der Schweiz wieder selber über den eigenen Dichtestress soll entscheiden können wie in einem «Flamingo»-Club (*als Herd zahlreicher Corona-Ansteckungen in die Kritik geratener Club in Zürich*), indem man sagen kann: Jetzt sind genug Leute drin. Was darüber hinausgeht, ist ungesund. Und das ist auch wichtig für unsere Raumplanung. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Hans Finsler (SVP, Affoltern a. A.): Die Motion verlangt vom Regierungsrat, dem Kantonsrat eine Anpassung des Planungs- und Baugesetzes und eine Anpassung des kantonalen Richtplans vorzulegen, damit Mensch, Natur und Infrastruktur von den zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden. Damit verlangt die Motion vom Regierungsrat meines Erachtens etwas schon vom

System her Unmögliches, denn das Zürcher Planungs- und Baugesetz ist ein Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Raumplanung, und das Bundesgesetz über die Raumplanung verfolgt nach dessen Artikel 1 die Ziele, dass der Boden haushälterisch genutzt wird, dass die raumwirksamen Tätigkeiten entsprechend aufeinander abgestimmt werden und dass eine auf die erwünschte Entwicklung des Landes ausgerichtete Ordnung der Besiedlung so verwirklicht wird. Von Klima steht da drin kein Wort. Natürlich ist Klimaschutz ein selbstverständliches Anliegen von uns allen und ein Bemühen, das laufend verfolgt werden soll, aber ich bin der Ansicht, hier sei jetzt das falsche Gefäss gewählt worden, um auch diesem Thema wieder Resonanz zu verschaffen. Ich fordere Sie deshalb auf, die Motion nicht zu unterstützen. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Vielen Dank für diese angeregte Debatte. Wenn ich den Reden zuhöre, habe ich den Eindruck, dass es wichtig ist, dass wir genau unterscheiden zwischen zwei unterschiedlichen Themenbereichen, um die es heute geht. Einerseits geht es um die Reduktion von CO₂-Emissionen und einen Beitrag zum Klimaschutz und andererseits geht es um die Anpassung an das bereits sich ändernde Klima. Und bei diesem Traktandum geht es um das Zweite, das heisst, nur die Anpassung an den Klimawandel, der bereits hier ist oder der noch eintritt. Das Anliegen dieser Motion ist mittlerweile ein sehr zentrales Thema in der Raumplanung geworden, vor zehn Jahren war es noch nicht sehr verbreitet, dass man über Lokalklima diskutiert hat. Heute ist es schon ein sehr zentrales Anliegen in der Raumplanung.

Die Temperaturen steigen. Wir haben das in der Vergangenheit gesehen und können abschätzen, dass sie auch in Zukunft noch steigen werden, selbst dann, wenn wir griffige Massnahmen ergreifen, um den Klimawandel auf globaler Ebene zu verhindern. Selbst dann werden die Temperaturen noch leicht steigen, denn das Klimasystem ist träge, das heisst, es verhält sich langsam. Wenn wir versuchen, es zu steuern, haben wir eine bestimmte Zeitkonstante und es verändert sich ein bisschen langsamer. Deshalb: Selbst mit Klimaschutzmassnahmen können wir davon ausgehen, dass die Temperaturen steigen werden, auch in der Schweiz.

Letzten Sommer habe ich von meinem Amtschef, der sein Büro ein Stockwerk über mir hat, ein SMS gekriegt, morgens um 7 Uhr. Er hat mir ein Bild von seinem Thermometer geschickt: Es war am Morgen um 7 Uhr bereits 32 Grad in seinem Büro. Sie können sich vorstellen, wie warm es dann tagsüber noch geworden ist. Es ist naheliegend: Wenn man bei diesen Temperaturen arbeitet, dann sinkt die Konzentration, zumindest bei mir ist das so. Bei 35 Grad arbeite ich nicht gleich konzentriert wie bei 25 Grad. Es ist darum naheliegend, dass es auch Auswirkungen auf die Produktivität und die Wirtschaft hat. Wir sehen, die Auswirkungen des Klimawandels haben auch direkt Auswirkungen auf die Wirtschaft.

In der Walche, wo wir mit der Verwaltung arbeiten, haben wir eine alte Bausubstanz. Mit einer besseren Bausubstanz könnte man das natürlich ein bisschen abmildern. Aber es geht hauptsächlich auch um diese Hitzeinseln, die sich in den Städten formen, wenn die Luft steht und nicht entweichen kann. Deshalb prüft und überlegt man in der Raumplanung aktuell sehr viele Massnahmen, um genau

diesen Hitzeinseln vorzubeugen, um zu verhindern, dass es zu diesem Hitzestau kommt. Welche Massnahmen es braucht, ist eigentlich relativ einfach zu erkennen: Es braucht Durchlüftung. Die warme Luft muss in der Nacht wieder weg. Es muss beispielsweise von den Hügeln kalte Luft in die Stadt strömen können. Es braucht mehr Bäume, es braucht mehr Begrünung, weniger Versickerung und es braucht mehr Wasserflächen. Das sind alles Massnahmen, die man ergreifen kann, damit sich die Hitze nicht so stark staut.

Wenn man aber schaut, wie aktuell gebaut wird, dann merken wir: Bei der Umsetzung hapert es noch etwas, Beispiel Europaallee: Sie wurde erst gerade fertiggestellt. Wenn Sie da von der Unterführung des Hauptbahnhofs Zürich die Treppen hinaufsteigen, dann kommen Sie auf diesen ersten Platz der Europaallee. Sie sehen, der ist vollständig versiegelt, und auf der Seite hat es ganz, ganz kleine, dünne Bäume. Das ist nicht klimaangepasste Planung, das ist nicht so gut gelungen. Oder schauen Sie sich die Endhaltestelle der Limmattalbahn in Schlieren an: Dort hat es zwar ein Dach – das ist schon mal nicht schlecht –, aber sonst ist alles total versiegelt. Das liegt natürlich auch daran, dass versiegelte Flächen im Unterhalt viel günstiger sind, aber klimaangepasst sind sie natürlich nicht.

Wir brauchen daher bessere Instrumente, um dafür zu sorgen, dass wir besser planen, dass wir eine klimaangepasste Planung machen. Und das ist das Anliegen dieser Motion. Das Anliegen dieser Motion ist derart wichtig, dass der Regierungsrat die Umsetzung schon begonnen hat, bevor die Motion überhaupt überwiesen wurde. Wir arbeiten nämlich bereits an einer PBG-Revision, da geht es genau um diese Themen. Ebenfalls arbeiten wir an der Richtplan-Teilrevision 2020, und da werden wir die in der Motion geforderten Änderungen für die Anpassung an den Klimawandel und das lokale Klima aufnehmen.

Sie sehen also, wir sind bereits an der Arbeit. Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Es ging von Claudio Schmid ein Ordnungsantrag ein. Er beantragt uns, die Abstimmung per Namensaufruf durchzuführen. Dies ist möglich, wenn mindestens 20 Personen diesem Antrag zustimmen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Für den Antrag auf Abstimmung mit Namensaufruf stimmen offensichtlich mehr als 20 Ratsmitglieder. Die Abstimmung findet mit Namensaufruf statt.

Ackermann	Pia	SP	Zürich	Ja
Ackermann	Ruth	CVP	Zürich	Ja
Aeschbacher	Nathalie	GLP	Zürich	Ja
Agosti	Theres	SP	Turbenthal	Ja
Akanji	Sarah	SP	Winterthur	-
Albanese	Franco	SVP	Winterthur	-
Alder	Ronald	GLP	Ottenbach	Ja
Amrein	Hans-Peter	SVP	Küsnacht	Nein
Balmer	Bettina	FDP	Zürich	Nein
Bamert	Ueli	SVP	Zürich	Nein
Barmettler	Franziska	GLP	Zürich	Ja
Bartal	Isabel	SP	Zürich	Ja
Bärtschiger	Markus	SP	Schlieren	Ja
Bender	André	SVP	Oberengstringen	Nein
Berner	Melanie	AL	Zürich	Ja
Biber	Michael	FDP	Bachenbülach	Nein
Bischoff	Markus	AL	Zürich	Ja
Bloch	Beat	CSP	Zürich	Ja
Bonato	Diego	SVP	Aesch	Nein
Bossert	Sandra	SVP	Wädenswil	Nein
Bourgeois	Marc	FDP	Zürich	Nein
Brandenberger	Harry	SP	Gossau	Ja
Brunner	Hans-Peter	FDP	Horgen	Nein
Bürgin	Yvonne	CVP	Rüti	Ja
Burtscher	Rochus	SVP	Dietikon	Nein
Büsser	Jeannette	Grüne	Zürich	Ja
Bussmann	Nora	Grüne	Zürich	Ja
Bütikofer	Kaspar	AL	Zürich	Ja
Camenisch	Linda	FDP	Wallisellen	-
Columberg	Leandra	SP	Dübendorf	Ja
Cometta-Müller	Katrin	GLP	Winterthur	Ja
Dalcher	Pierre	SVP	Schlieren	Nein
Daurù	Andreas	SP	Winterthur	-
Dietschi	Urs	Grüne	Lindau	Ja
Dünki	Michèle	SP	Glattfelden	Ja
Dürr	Renate	Grüne	Winterthur	Ja
Egli	Hans	EDU	Steinmaur	Nein
Erni	Jonas	SP	Wädenswil	Ja
Etter-Gick	Carola	FDP	Winterthur	Nein
Farner-Brandenberger	Martin	FDP	Stammheim	Nein
Fehr Düsel	Nina	SVP	Küsnacht	Nein
Fehr	Raffaella	FDP	Volketswil	Nein

Fehr Thoma	Karin	Grüne	Uster	Ja
Feldmann	Stefan	SP	Uster	Ja
Finsler	Hans	SVP	Affoltern a. A.	Nein
Fischer	Benjamin	SVP	Volketswil	Nein
Forrer	Thomas	Grüne	Erlenbach	Ja
Franzen	Barbara	FDP	Niederweningen	Nein
Frey-Eigenmann	Beatrix	FDP	Meilen	Nein
Furrer	Astrid	FDP	Wädenswil	Nein
Galeuchet	David	Grüne	Bülach	Ja
Gantner	Alex	FDP	Maur	Nein
Gehrig	Sonja	GLP	Urdorf	Ja
Geistlich	Andreas	FDP	Schlieren	Nein
Gisler	Andrea	GLP	Gossau	Ja
Göldi	Hanspeter	SP	Meilen	Ja
Grüter	Barbara	SVP	Rorbas	-
Günthard	Barbara	EVP	Winterthur	Ja
Guyer	Esther	Grüne	Zürich	Ja
Habegger	Beat	FDP	Zürich	Nein
Habicher	Lorenz	SVP	Zürich	Nein
Hans	Urs	Grüne	Turbenthal	Ja
Hasler	Andreas	GLP	Illnau-Effretikon	Ja
Häuptli	Daniel	GLP	Zürich	Ja
Hauser	Matthias	SVP	Hüntwangen	Nein
Häusler	Edith	Grüne	Kilchberg	Ja
Heierli	Daniel	Grüne	Zürich	Ja
Hodel	Daniel	GLP	Zürich	Ja
Hoesch	Felix	SP	Zürich	Ja
Hofer	Jacqueline	SVP	Dübendorf	Nein
Hoffmann	Benedikt	SVP	Zürich	Nein
Hollenstein	Claudia	GLP	Stäfa	Ja
Honegger	Thomas	Grüne	Greifensee	Ja
Honegger	Walter	SVP	Wald	Nein
Hoss-Blatter	Corinne	FDP	Zollikon	Nein
Huber	Beat	SVP	Buchs	Nein
Huber	Martin	FDP	Neftenbach	Nein
Huber	Stefanie	GLP	Dübendorf	Ja
Hübscher	Martin	SVP	Wiesendangen	Nein
Hugentobler	Hanspeter	EVP	Pfäffikon	Ja
Huonker	Laura	AL	Zürich	Ja
Isler	René	SVP	Winterthur	Nein
Jäger	Alexander	FDP	Zürich	Nein
Joss	Karin	GLP	Dällikon	Ja
Joss	Rosmarie	SP	Dietikon	Ja

Kampus	Manuel	Grüne	Schlieren	Ja
Katumba	Andrew	SP	Zürich	Ja
Kläy	Dieter	FDP	Winterthur	Nein
Kündig	Jörg	FDP	Gossau	Nein
Lais	Ruedi	SP	Wallisellen	Ja
Lamprecht	Thomas	EDU	Bassersdorf	Nein
Landmann	Valentin	SVP	Zürich	Nein
Langenegger	Tobias	SP	Zürich	Ja
Langhart	Konrad	parteilos	Stammheim	Ja
Ledergerber	Domenik	SVP	Herrliberg	Nein
L'Orange Seigo	Selma	Grüne	Zürich	Ja
Loss	Davide	SP	Adliswil	Ja
Lucek	Christian	SVP	Dänikon	Nein
Mäder	Gabriel	GLP	Adliswil	Ja
Mani	Tobias	EVP	Wädenswil	Ja
Marthaler	Thomas	SP	Zürich	Ja
Marti	Sibylle	SP	Zürich	Ja
Marty	Maria Rita	SVP	Volketswil	Nein
Marty Fässler	Carmen	SP	Adliswil	Ja
Matter	Sylvie	SP	Zürich	Ja
Mayer	Paul	SVP	Marthalen	Nein
Meier	Doris	FDP	Bassersdorf	Nein
Meier	Esther	SP	Zollikon	Ja
Meier	Florian	Grüne	Winterthur	Ja
Meier	Walter	EVP	Uster	Ja
Mettler	Christian	SVP	Aesch	-
Monhart	Beat	EVP	Gossau	Ja
Moser-Schäfer	Arianne	FDP	Bonstetten	Nein
Müller	Christian	FDP	Steinmaur	Nein
Müller	Fabian	FDP	Rüschlikon	Nein
Müller	André	FDP	Uitikon	Nein
Näf	Melissa	GLP	Bassersdorf	Ja
Petri	Gabi	Grüne	Zürich	Ja
Pfalzgraf	Hannah	SP	Mettmenstetten	Ja
Pfister	Ulrich	SVP	Egg	Nein
Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	Gossau	Nein
Pinto	Jean-Philippe	CVP	Volketswil	Ja
Pokerschnig	Jasmine	Grüne	Zürich	Ja
Rigoni	Silvia	Grüne	Zürich	Ja
Rinderknecht	Daniela	SVP	Wallisellen	Nein
Rogenmoser	Romaine	SVP	Bülach	Nein
Romero	Angie	FDP	Zürich	Nein
Rösli	Brigitte	SP	Illnau-Effretikon	Ja

Rueff	Sonja	FDP	Zürich	Nein
Sadriu	Qëndresa	SP	Opfikon	Ja
Sahli	Manuel	AL	Winterthur	Ja
Sanesi-Muri	Monica	GLP	Zürich	Ja
Schaaf	Markus	EVP	Zell	Ja
Scheck	Roland	SVP	Zürich	Nein
Scherrer	Benno	GLP	Uster	Ja
Schick	Peter	SVP	Zürich	Nein
Schlauri	Simon	GLP	Zürich	Ja
Schmid	Claudio	SVP	Bülach	Nein
Schmid	Lorenz	CVP	Männedorf	Ja
Schmid	Roman	SVP	Opfikon	-
Schmid	Stefan	SVP	Niederglatt	Nein
Schucan	Christian	FDP	Uetikon am See	Nein
Schweizer	Thomas	Grüne	Hedingen	Ja
Siegrist	Nicola	SP	Zürich	Ja
Sommer	Daniel	EVP	Affoltern a. A.	Ja
Späth	Markus	SP	Feuerthalen	Ja
Steiner	Rafael	SP	Winterthur	Ja
Stofer	Judith	AL	Zürich	Ja
Straub	Esther	SP	Zürich	Ja
Stünzi	Christa	GLP	Horgen	Ja
Stüssi	Beatrix	SP	Niederhasli	Ja
Sulser	Jürg	SVP	Otelfingen	Nein
Suter	Marcel	SVP	Thalwil	Nein
Tognella	Birgit	SP	Zürich	Ja
Truninger	René	SVP	Illnau-Effretikon	Nein
Vannaz	Janine	CVP	Aesch	Ja
Vogel	Thomas	FDP	Thalwil	Nein
von Euw	Paul	SVP	Bauma	Nein
Von Planta	Cyrill	GLP	Zürich	Ja
Vontobel	Erich	EDU	Bubikon	Nein
Wäfler	Daniel	SVP	Gossau	Nein
Walder	Benjamin	Grüne	Wetzikon	Ja
Waser	Urs	SVP	Langnau am Albis	Nein
Weber	Stephan	FDP	Wetzikon	Nein
Weidmann	Tobias	SVP	Hettlingen	Nein
Wicki	Monika	SP	Zürich	Ja
Widler	Josef	CVP	Zürich	Ja
Willi	Wilma	Grüne	Stadel	Ja
Wirth	Thomas	GLP	Hombrechtikon	Ja
Wisskirchen	Mark	EVP	Kloten	Ja
Wydler	Kathrin	CVP	Wallisellen	Ja

Wyss	Orlando	SVP	Dübendorf	Nein
Wyss-Cortellini	Cristina	GLP	Dietlikon	Ja
Wyssen	Claudia	GLP	Uster	Ja
Yuste	Nicola	SP	Zürich	Ja
Zahler	Erika	SVP	Boppelsen	Nein
Zeroual	Farid	CVP	Adliswil	Ja
Zeugin	Michael	GLP	Winterthur	Ja
Ziegler	Christoph	GLP	Elgg	Ja
Zurfluh	Christina	SVP	Wädenswil	Nein

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 101 : 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 187/2018 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.